



Fraktionsbericht zum Kantonsrat November 2010

Sitzung der SP-Fraktion zum Kantonsrat vom 18. November 2010

Christoph Bruckbach neu in der Fraktion

Die Fraktion heisst ihr neues Mitglied Christoph Bruckbach herzlich willkommen. Der Chamer wird die SP-Fraktionsarbeit ab der neuen Legislatur mitgestalten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Budget und Finanzplan 2011

Die Fraktion stellt die gegenläufigen Entwicklungen bei den Steuereinnahmen fest. Die tieferen Steuererträge bei den natürlichen Personen haben zu einem Teil auch damit zu tun, dass die SP die letzte Steuergesetzrevision gefordert hat zugunsten von Nicht-Reichen im Kanton Zug und sind verkräftbar.

Zudem liegen steigende NFA-Zahlungen vor, für 2011 sind knapp 240 Millionen budgetiert. Die Reserveentnahmen waren zu erwarten. Generell scheint es der Fraktion wichtig, das makroökonomische Umfeld gut im Auge zu behalten.

Die Fraktion erachtet es als konsequent, den bugetierten Betrag für die Gleichstellungskommission zu streichen, nachdem der Kantonsrat die Fortführung eines Gremiums zur Förderung einer verwirklichten Gleichstellung von Frau und Mann abgelehnt hat.

Der Kredit für die Denkmalpflege soll nach Meinung der Fraktion nicht gestrichen werden. Das Inventar zu aktualisieren erscheint der Fraktion sinnvoll.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (EG ELG)

Die Fraktion stellt fest, dass das komplexe Thema in der Kommission gut behandelt worden ist und dankt Hubert Schuler für die Arbeit im Rahmen des Kommissionspräsidiums.

Die Fraktion begrüsst es, dass die Regierung in einem zweiten Anlauf neue Vorschläge in der Kommission einbrachte und dass auch die Behindertenheime integriert sind. Wir unterstützen die Anträge der Regierung.

Zivilschutzfremde Nutzung für Asylsuchende

Die Fraktion stellt fest, dass die Gemeinden teilweise tatsächlich ein Problem haben für Ersatzlösungen. Die Motion ist aber unnötig und beinhaltet mehrere schlicht nicht korrekte Aussagen (beispielsweise über steigende Zahlen bei Asylsuchenden).

Aus- und Weiterbildungsabzüge von Kindern und Jugendlichen im Steuergesetz

Die geforderte Standesinitiative ist eine konzertierte Aktion der CVP in verschiedenen Kantonen. Die SP unterstützt die Forderung.

Generell erachten wir Abzüge im Steuergesetz aber nicht als das effektivste Mittel zum Fördern der Aus- und Weiterbildungen von Kindern und Jugendlichen.